

Resolution zum „Autonomiepaket“ der Bundesregierung

(einstimmig beschlossen in der Sitzung der ARGE Lehrer/innen in der GÖD am 18. November 2016 in Wien)

Am 18. Oktober 2016 wurde auf Vorschlag der Bundesregierung ein Ministerratsvortrag beschlossen, der unter dem Schlagwort „Autonomie“ Gesetzesvorschläge zur Folge haben könnte, die negative Auswirkungen auf die Qualität der Schulen in ganz Österreich haben werden. Sobald die Gesetzesvorschläge vorliegen, werden diese natürlich noch im Detail zu bewerten sein. Zu vier geplanten Maßnahmen hält die ARGE Lehrer/innen in der GÖD fest:

- Die ersatzlose **Streichung der Klassenschülerhöchstzahl** bzw. aller **Eröffnungs- und Teilungszahlen** lässt angesichts knapper Ressourcen größere Klassen und Gruppen und damit erhebliche pädagogische Qualitätseinbußen befürchten. Wie die propagierte „Individualisierung“ bei noch größeren Klassen und Gruppen gelingen soll, bleibt natürlich unbeantwortet.
- Das „kostenneutrale“ Autonomiepaket droht zu einem pädagogischen Sparpaket zu werden, wenn Schulleitungen am Standort zugunsten von übergeordneten Clusterleitungen eingespart oder Lehrer/innenressourcen in Unterstützungs- und Supportkräfte umgewandelt werden. An den meisten Schulen wird es aber ohne zusätzliche Ressourcen gar **keine Autonomiespielräume** geben. Wir brauchen also eine bedarfsgerechte und nachhaltig gesicherte Ressourcenzuteilung für jeden einzelnen Standort.
- Schulpartnerschaft hat in den letzten Jahrzehnten viel zum Gelingen von Schule beigetragen. Jetzt sollen Entscheidungen am Standort unter dem Schlagwort „Autonomie“ von den künftigen Schulleitungen bzw. Schulclusterleitungen alleine getroffen werden. Die vorgesehene **Streichung von Mitbestimmungsrechten** widerspricht unserem demokratischen Verständnis und der gelebten Vereinbarungskultur an unseren Schulen. Auf Kontrollrechte durch schulpartnerschaftliche Gremien kann daher auch im Sinne der Qualitätssicherung nicht verzichtet werden.
- Die Zentralisierung der **Bestellung von zukünftigen Cluster-/Schulleitungen** und das damit verbundene Zurückdrängen vorhandener Mitbestimmungsrechte der Lehrer/innen ist für uns ebenfalls ein Schritt in die falsche Richtung.

Wir weisen auf den Leitantrag „Bildung“ hin, der erst vor einem Monat am 17. Bundeskongress der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst mit überwältigender Mehrheit aller Delegierten beschlossen wurde:

„Wir wehren uns gegen zu große Klassen, zu hohe Unterrichtsverpflichtungen und nicht zufriedenstellende Betreuungsverhältnisse, weil wir den Bedürfnissen aller Kinder und Jugendlichen gerecht werden wollen und diese Leistung nicht auf Kosten unserer Gesundheit gehen darf.“

„Wenn die Gesellschaft der Schule zusätzliche Aufgaben überträgt, muss für deren Bewältigung auch zusätzliches Personal und ausreichende Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.“

„Die demokratischen Mitwirkungsrechte der Lehrerinnen und Lehrer dürfen keinesfalls eingeschränkt werden und sollten bei einem allfälligen Ausbau der Schulautonomie entsprechend erweitert werden. Die gesetzlichen Mitbestimmungsrechte aller Schulpartnerinnen und Schulpartner sind an jedem Standort in vollem Umfang zu wahren und gegebenenfalls weiterzuentwickeln.“

Die im Ministerratsvortrag angeführten Hinweise auf die OECD und den Rechnungshof, aus denen die Notwendigkeit des sogenannten „Autonomiepakets“ abgeleitet wird, sind für uns nicht nachvollziehbar. Aus unserer Sicht sind auch manche Maßnahmen völlig ungeeignet, einen wirklichen pädagogischen Mehrwert für Schüler/innen, Eltern und Lehrer/innen zu erzeugen, sondern lassen durch strukturelle Kompetenzverlagerungen eine noch stärker zentralisierte Dauerbevormundung unserer Schulen befürchten.

Die ARGE Lehrer/innen in der GÖD fordert die Bundesregierung auf, die im Rahmen ihres „Autonomiepakets“ geplanten Maßnahmen zu überarbeiten und in sozialpartnerschaftlichen Gesprächen ein „Autonomiepaket“ zu entwickeln, das einen pädagogisch und organisatorisch erkennbaren Mehrwert für unsere Kinder und Jugendlichen ermöglicht.

Für die ARGE Lehrer/innen in der GÖD

Paul Kimberger
Roland Gangl
Thomas Bulant

Wien, 18. November 2016

